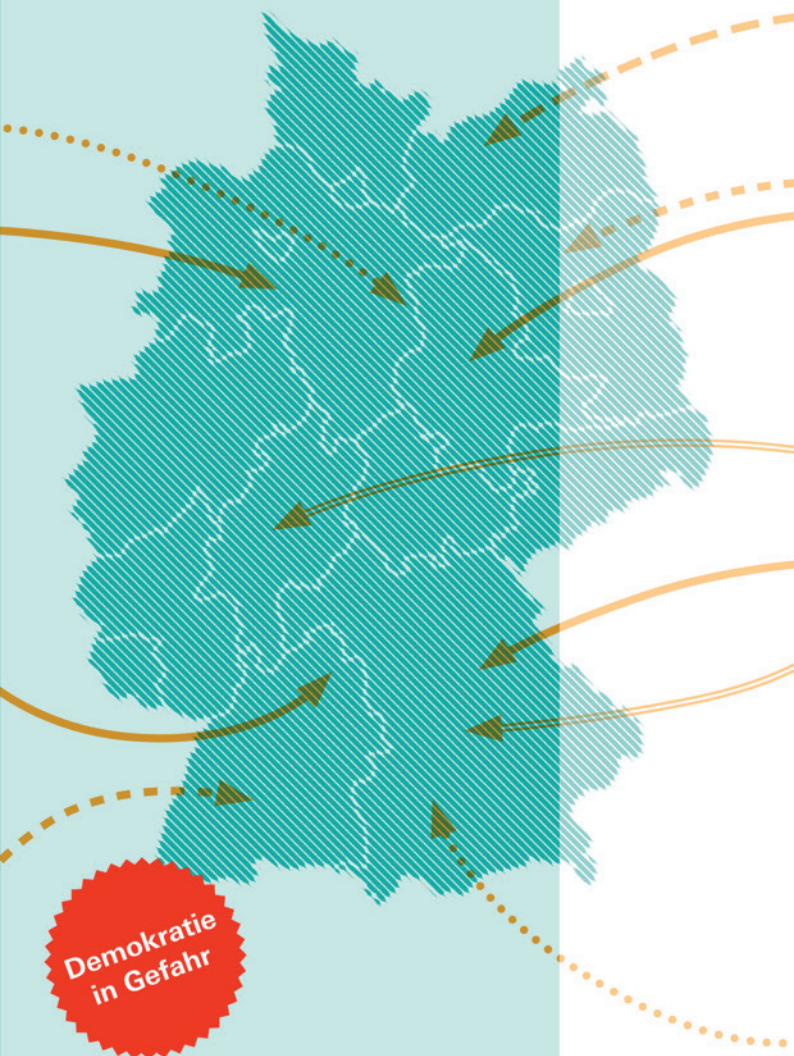




Ausländer- extremismus



Anhänger extremistischer Gruppierungen aus dem Ausland sind in Deutschland aktiv, um die politischen Verhältnisse in ihrem Heimatland gewaltsam zu ändern. Gefahren gehen insbesondere von nationalistischen, separatistischen und links-extremistischen Gruppierungen aus.

Sie wollen beispielsweise kommunistische Systeme errichten oder eigene Staaten gründen. Mit ihren Unterstützungshandlungen bei uns gefährden sie die außenpolitischen Interessen Deutschlands. Nach den Grundprinzipien unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist Gewalt kein Mittel für politische Veränderungen.

Aktivisten von ausländerextremistischen Gruppierungen müssen nicht unbedingt Ausländer sein. Unterstützt werden sie auch von deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund oder von deutschen Linksextremisten.

Ziele im Ausland

Extremistischen Ausländerorganisationen geht es nicht darum, die gesellschaftliche Ordnung in Deutschland zu ändern. Von ihnen geht für uns in der Regel keine unmittelbare Gefahr aus. Sie sehen aber Deutschland als Rückzugsraum an und unterstützen von hier aus gewalttätige und teilweise sogar terroristische Aktionen in ihrer Heimat. Der Verfassungsschutz beobachtet extremistische Ausländerorganisationen, wenn

- sie durch Gewaltakte oder darauf ausgerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Interessen Deutschlands gefährden oder
- sich ihre Aktivitäten gegen die Völkerverständigung und damit insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker richten oder
- sich ihre Aktivitäten gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. gegen die Sicherheit Deutschlands oder eines Bundeslands richten.

Der Verfassungsschutz beobachtet somit in der Regel

- linksextremistische Organisationen, die in ihren Heimatländern ein sozialistisches bzw. kommunistisches System errichten wollen,
- nationalistische Organisationen, die ein überhöhtes Selbstverständnis von der eigenen Nation haben und andere Völker abwerten,
- separatistische Organisationen, die eine gewaltsame Loslösung ihres Herkunftsgebiets aus einem Staat und die Schaffung eines eigenen Staats anstreben.

In Deutschland gehören dazu z.B.:

- Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Türkei und kurdische Gebiete im Irak
- Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKP-C), Türkei
- Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)
- Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), Sri Lanka

Aktivitäten in Deutschland

In Deutschland aktive Mitglieder und Unterstützer extremistischer Ausländerorganisationen sind überwiegend Türken und Kurden, aber auch Iraner und Aktivisten aus Sri Lanka. Viele sind als Asylbewerber nach Deutschland gekommen. In Deutschland sehen sie einen sicheren Rückzugsraum, um für ihre Ziele in ihrer Heimat zu kämpfen.

Für die Sicherheitslage in Bayern sind vor allem *linksextremistische* Ausländerorganisationen relevant. Diese – mehrheitlich türkischen – Gruppierungen sind von marxistisch-leninistischer oder maoistischer Ideologie geprägt (Stichwort: revolutionärer Kampf der Arbeiterklasse). Sie streben eine „revolutionäre“ Zerschlagung der staatlichen Ordnung in ihrer Heimat an und wollen dort eine kommunistische Herrschaft errichten. Kennzeichnend für linksextremistische türkische Gruppierungen ist ihre Gewaltbereitschaft. Einige dieser Gruppen schrecken nicht vor terroristischen Anschlägen in ihren Heimatländern zurück. Es geht ihnen in der Regel nicht darum, Anschläge auch in Deutschland durchzuführen. Allerdings bereiten sie hier die Anschläge vor oder unterstützen die Attentäter. Gewalteskalationen bei uns können aber nicht immer ausgeschlossen werden. Linksextremistische Ausländerorganisationen wollen zwar Veränderungen in ihren Heimatländern erreichen, sie suchen und finden aber auch Unterstützung bei deutschen Linksextremisten und greifen beispielsweise die deutsche Ausländer- und Sozialpolitik an.

Extrem nationalistische Organisationen bemessen den Wert eines Menschen nach seiner Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse. Damit missachten sie die Menschenrechte und stehen im Widerspruch zur Völkerverständigung. Ihr Absolutheitsanspruch steht einer echten Integration ihrer Anhänger in die deutsche Gesellschaft entgegen. Ihr überlegenes Gruppenbewusstsein kann sich sogar gegen die deutsche Gesellschaft richten.

Anhänger *extrem separatistischer* Organisationen unterstützen von hier aus gewaltsame Bestrebungen zur Loslösung ihrer Heimatgebiete und zur Schaffung eigener Staaten. Allein durch Vorbereitungshandlungen zu Gewaltakten gefährden sie auswärtige Belange Deutschlands, die auf ein friedliches Zusammenleben der Völker ausgerichtet sind.

Extremistische Ausländerorganisationen in Deutschland

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Die PKK ist die größte – nicht-islamistische – extremistische Ausländerorganisation in Deutschland. Sie hat sich mehrfach umbenannt (zuletzt in *KONGRA GEL – Volkskongress Kurdistans*), verwendet aber weiter ihren bekannten Namen PKK. Die PKK wurde 1978 in der Türkei von einer Gruppe Kurden um *Abdullah Öcalan* gegründet. Ihr Ziel war die Errichtung eines unabhängigen Staats „Kurdistan“ unter marxistisch-leninistischer Prägung. Ihr neues offizielles Ziel ist die politische und kulturelle Autonomie. Seit Mitte der 1980er Jahre führt die separatistische PKK einen Guerillakampf gegen den türkischen Staat. Ihre Anhänger in Deutschland unterstützten sie bis Anfang der 1990er Jahre durch gewalttätige Aktionen. Die PKK und ihre Nebenorganisationen wurden 1993 vom Bundesministerium des Innern verboten (Betätigungsverbot).



Nach der Festnahme des PKK-Führers Abdullah Öcalan 1999 mäßigte sich die Organisation aus taktischen Gründen. Nach eigener Darstellung strebt sie eine gewaltfreie Lösung der „Kurdenfrage“ an, hält aber an einer Doppelstrategie fest: bewaffneter Kampf in der Türkei – politisch ausgerichteter Kurs in Westeuropa. Militante Anhänger, denen das nicht weit genug ging, haben dagegen die Kampfeinheit *Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)* gegründet. Die TAK sind verantwortlich für viele Sprengstoffanschläge in der Türkei – vor allem gegen touristische Ziele.

Trotz des gewaltfreien Kurses, den die PKK seit Mitte der 1990er Jahre in Deutschland eingeschlagen hat, können auch bei uns gewalttätige Aktionen wie Brandanschläge nicht ausgeschlossen werden. Bei der öffentlichen Diskussion kurdischer bzw. türkischer Themen ist immer wieder eine starke Emotionalisierung von – insbesondere jungen – PKK-Anhängern zu beobachten. Die PKK kann mehrere zehntausend Kurden und PKK-Anhänger für bundes- und europaweite Großveranstaltungen mobilisieren – trotz des in Deutschland geltenden vereinsrechtlichen Betätigungsverbots. Die Sicherheitsbehörden können nur dagegen vorgehen, wenn eine konkrete Unterstützung der PKK >>>

>>> nachweisbar ist, z.B. die Verwendung verbotener Symbole und Parolen. Um das zu verhindern, versteckt sich die PKK unter dem Deckmantel von Kultur- und Brauchtumsveranstaltungen wie beim kurdischen Neujahrsfest Newroz. Unterstützung für ihre Ziele und für ihre Verschleierungstaktik finden PKK-Anhänger bei deutschen Linksextremisten. Diese melden regelmäßig Versammlungen für kurdische Interessen an.

Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)

Die linksextremistische DHKP-C gehört zu den militantesten türkischen Extremistengruppen. Sie kämpft für einen gewaltsamen Umsturz der türkischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Die DHKP-C ist aus einem seit dem Anfang der 1970er Jahre bestehenden Geflecht von revolutionären türkischen Organisationen hervorgegangen. Bis Ende der 1990er Jahre gab es gewaltsam ausgetragene Kämpfe mit Anschlägen gegen staatliche und vor allem private türkische Einrichtungen auch in Deutschland. Das Bundesministerium des Innern hat 1998 ein Betätigungsverbot erlassen. Für Deutschland und Europa hat die DHKP-C seit 1999 einen Gewaltverzicht erklärt. In Deutschland gibt es aber Anhänger, die die Kämpfer in der Türkei unterstützen.

Föderation der Türkischen-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)

Anhänger eines extrem türkischen Nationalismus sind in der weltweiten Ülkücü-(Idealisten-)Bewegung organisiert. Dachverband für die türkischen Nationalisten in Deutschland ist die ADÜTDF. Die Ülkücü-Bewegung umfasst ultranationalistische und rassistische Vorstellungen, ihre Jugendbewegung ist auch durch rechtsextremistische Tendenzen auffällig geworden. Symbol der Bewegung ist ein mit fünf Fingern stilisierter Wolfskopf; ihre Anhänger werden daher auch als *Graue Wölfe* bezeichnet.

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

In der LTTE (Befreiungstiger von Tamil Eelam) organisierte Tamilen (Volksgruppe im Norden von Sri Lanka) wollen mit militärischer Gewalt und Terrorakten einen unabhängigen Staat auf Sri Lanka errichten. Anhänger der LTTE sind auch in Deutschland aktiv, allerdings nicht unter diesem Namen. Sie sind in konspirativen Zellen organisiert und werden hier durch das *Tamil Coordination Committee (TCC)* vertreten.



PKK



KONGRA GEL



TAK



ADÜTDF



DHKP-C



LTTE

Demokratie schützen – Freiheit bewahren

Freiheit und Demokratie sind die Grundlagen unserer Gesellschaft. Extremisten versuchen, sie zu zerstören und zu beseitigen. Um die Freiheit zu bewahren und die Demokratie zu schützen, müssen wir Extremisten und ihre Ziele frühzeitig erkennen. Deshalb haben die Verfassungsschutzbehörden die Aufgabe, extremistische Bestrebungen zu beobachten und die Öffentlichkeit zu informieren.

Mit diesem Faltblatt aus der Faltblattreihe „Demokratie in Gefahr“ wollen wir auf extremistische Bestrebungen hinweisen, damit Sie Extremisten erkennen und ihnen eine eindeutige Absage erteilen können. Aktuelle Informationen insbesondere zu Organisationen, Gruppierungen und Parteien erhalten Sie jedes Jahr im Verfassungsschutzbericht Bayern.

Weitere Informationen erhalten Sie hier:

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Odeonsplatz 3, 80539 München
Stichwort: Verfassungsschutz

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ist telefonisch rund um die Uhr erreichbar unter der Nummer: 089/31 20 10

Beratungstelefon der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE): 089/21 92 21 92

Beratungs- und Hinweistelefon für Aussteiger: 0 18 02 00 07 86

www.innenministerium.bayern.de
www.verfassungsschutz.bayern.de

Impressum

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, Odeonsplatz 3, 80539 München
Druck: Bosch-Druck GmbH, Ergolding | Papier: Gedruckt auf PEFC-zertifiziertem Papier aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung | Stand: Dezember 2010